

Thesen zur Fachtagung „Zur Aktualität des Marxismus in der politischen Bildung“

von Michael Heinrich

(bis 2016 Professor für Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin, Autor und seit über 30 Jahren in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit aktiv)

Die folgenden Thesen habe ich nach der Eingangsdiskussion formuliert. Sie nehmen nicht nur die ursprünglich gestellten Fragen auf (wenn auch nicht eine nach der anderen), sie gehen auch auf einige der in der Diskussion angesprochenen Punkte ein.

I. Die Gefahr von Phrasen und bloßen Etikettierungen

In den letzten 100 Jahren haben Marxist*innen Begriffe wie „Dialektik“, „Materialismus“, „Historischer Materialismus“ nicht selten wie Monstranzen vor sich her getragen. Insbesondere der Begriff „Dialektik“ wurde nicht selten als Herrschaftsmittel benutzt, wenn Kritiker*innen entgegengehalten wurde, sie würden den umstrittenen Sachverhalt „nicht dialektisch“ betrachten. Häufig diente ein solcher Verweis lediglich dazu, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der geäußerten Kritik abzuwehren. Dialektik und Materialismus spielten für Marx und Engels eine wichtige Rolle – nur sind sie in den letzten 100 Jahren zu oft zu bloßen Phrasen verkommen, mit denen die Überlegenheit der eigenen „marxistischen“ Position behauptet wurde, während man das, was dieser entgegenstand, ziemlich schnell als „bürgerlich“ oder „idealistisch“ abtat. Derartige Etikettierungen können aber keine Argumente ersetzen und um Argumente sollte es in der politischen Bildung gehen.

II. Mit der Kritik der politischen Ökonomie den Kapitalismus erklären, aber wie?

Darauf zu verweisen, dass wir in einer Klassengesellschaft leben, dass der Reichtum der einen Klasse auf der Ausbeutung der anderen Klasse beruht, ist völlig richtig. Es kann aber nur der Anfang eines adäquaten Verständnisses kapitalistischer Verhältnisse sein. Ausbeutung und Klassenspaltung ist keineswegs eine Besonderheit des Kapitalismus. Im Kapitalismus ist die persönliche Unfreiheit von Sklave*innen und Leibeigenen der persönlichen Freiheit der Lohnabhängigen gewichen. Sie sind nicht mehr der persönlichen Gewalt eines Sklavenbesitzers oder feudalen Grundherren ausgeliefert, sondern der sachlichen Gewalt des Marktes, sie zwingt die Eigentümer*innen der Arbeitskraft sich freiwillig in Ausbeutungsverhältnisse zu begeben. Gleichzeitig ist die klare Anschauung, dass man Arbeit für einen anderen leistet (was z.B. bei Frondiensten ganz offensichtlich war), im Kapitalismus verdeckt: Mit dem Lohn wurde anscheinend der Beitrag der Arbeitenden zum Produkt abgegolten, Profit kann dann nicht mehr auf Ausbeutung beruhen, sondern muss vom Kapital selbst hervorgebracht worden sein. Damit das Kapital diese segensreiche Leistung vollbringen kann (so die weitere Folgerung), dürfen ihm von Seiten der Politik keine Steine in den Weg gelegt werden. Mit dem Waren- und Kapitalfetisch (gesellschaftliche Verhältnisse erscheinen als sachliche Eigenschaften von Ware und Kapital) wird nicht nur die Ausbeutung unsichtbar, vor allem wird die kapitalistische Wirtschaft „naturalisiert“, sie scheint die einzig rationale Form des Wirtschaftens zu sein. Daher erscheinen Ihre Erfordernisse als objektive Erfordernisse „des“ menschlichen Wirtschaftens, denen man sich vernünftigerweise nicht entziehen kann.

III. Klassen, Klassenlage und Klassenbewusstsein

Die herrschende ökonomische Theorie spricht zwar nicht gerne über Klassen, sie kann aber gar nicht anders als die Existenz von Klassen implizit anzuerkennen, wenn sie dem „Faktor Kapital“ den „Faktor Arbeit“ gegenüberstellt. Und ohne die Entgegensetzung von „Kapitaleinkommen“ und „Löhnen“ wären große Teile der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – theoretische Grundlage jeder makroökonomischen Datenerhebung – gar nicht möglich. Explizit vom Verschwinden der Klassen ist dagegen in Teilen der Soziologie die Rede. Sozialstrukturelle Befunde können diese Behauptung nicht decken. Die Verfügung über Produktionsmittel (nicht notwendigerweise das Eigentum an ihnen) bzw. der Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, die dann zur Verwertung des Kapitals eingesetzt wird (und nicht um diese Verwertung zu organisieren), ist nach wie vor ein zentraler Unterschied, der mit Vermögen und Einkommen genauso wie mit Gesundheit und Lebenserwartung korreliert. Nicht die Klassen sind verschwunden, aber mit einer eigenständigen proletarischen Subkultur (Wohnviertel, Vereinswesen, generationenübergreifende Unterstützung von Gewerkschaften und sozialistisch/kommunistischen Parteien) ist – zu einem guten Teil – ein deutliches proletarische Klassenbewusstsein verschwunden. In der Bildungsarbeit sollten wir nicht von vorschnellen Erklärungen ausgehen, wie etwa die Manipulation durch bürgerliche Medien. Auch die Vorstellung, die Arbeiter*innenklasse sei doch eigentlich das „revolutionäre Subjekt“, das nur leider nichts von seiner Bestimmung weiß (oder gar durch „Bestechung“ mittels hohen Löhnen von dieser Bestimmung abgehalten wird – als würden niedrige Löhne mit revolutionärer Gesinnung einhergehen), ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Unter anderem weil es am Grundproblem vorbeigeht, dass aus ganz ähnlichen Klassenlagen (und nicht nur mit unvernünftigen Gründen!) ganz unterschiedliche politische und persönliche Folgerungen gezogen werden.

IV. Neue Entwicklungen und Konfliktfelder

Marx analysierte in erster Linie die Grundstrukturen des Kapitalismus sowie aktuelle ökonomische und politische Entwicklungen. Diese Untersuchungen waren so tiefgehend, dass sowohl viele seiner Resultate als auch sein wissenschaftliches Herangehen auch heute noch äußerst nützlich sind. D.h. aber nicht, dass uns Marx auf jedem nur denkbaren Feld helfen kann. Geschlechterverhältnisse oder Rassismus waren sicher keine zentralen Themen seiner Untersuchungen. Deshalb wird oft unterstellt, dass die Marxsche Theorie dazu nichts sagen könne. Marxist*innen kontern dann gerne mit einer Sammlung der raren Zitate zu den jeweiligen Themen, um zu beweisen, dass Marx sehr wohl Ansätze von feministischen, anti-rassistischen oder gar postkolonialen Theorien hatte. Diese Art von Auseinandersetzung scheint mir nicht sehr sinnvoll zu sein – es sei denn man hängt am Bild von Marx als einem allwissenden Propheten. Stattdessen käme es eher darauf an, im konkreten Fall zu sehen, ob eine marxsche Kapitalismusanalyse bei bestimmten feministischen oder anti-rassistischen Untersuchungen hilfreich sein kann oder nicht. Auf einer ganz allgemeinen Ebene lässt da nicht sehr viel aussagen.

V. Wie am Alltagsbewusstsein ansetzen?

Alltagsbewusstsein und unterschiedliche Erfahrungen sollten ernst genommen werden. Die Erfahrung von Ausbeutung kann ganz verschieden verarbeitet werden – kapitalismuskritisch,

aber auch moralisch (die bösen Kapitalisten) oder fremdenfeindlich (die Migrant*innen nehmen uns die Arbeitsplätze weg und verstärken damit unsere Ausbeutung). Es wäre naiv anzunehmen, dass die Lohnabhängigen, weil sie ausgebeutet werden, für die Marxschen Analysen ganz besonders zugänglich seien. Die Verarbeitung der eigenen Ausbeutungserfahrung kann auch zu reaktionären Konsequenzen führen.

Bildungsarbeit kann immer nur Interpretationsangebote für die Alltagserfahrungen machen. Problematisch wird es, wenn die vielfältigen Formen des Alltagsbewusstseins nur als Abwege von den „eigentlichen“ Interessen der Lohnabhängigen angesehen werden, und sich die Bildner*innen einbilden, dass sie selbst die „eigentlichen“ Interessen der von ihnen zu Bildenden am besten kennen. Man sollte diejenigen, die man „bilden“ will ernst nehmen. Wenn Bildungsarbeit zur „Ermächtigung“ der zu Bildenden führen soll, dann müssen die Bildner*innen bereit sein, ihre eigene Rolle in diesem Prozess in Frage stellen zu lassen.

VI. Kapitalismuskritik und Sozialismus

Die Kritik an kapitalistischer Ausbeutung und der vom Kapitalismus angerichteten Zerstörung von Mensch und Natur provoziert die Frage nach möglichen Alternativen. Für viele Menschen ist das überzeugendste Argument für die Beibehaltung kapitalistischer Verhältnisse, das offenbare Scheitern all jener Systeme, die sich im 20. Jahrhundert als „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ bezeichnet hatten. Der autoritäre und diktatorische Charakter der staatssozialistischen Systeme sollte ernst genommen und nicht etwa verharmlost werden. Verharmlosend sind Rechtfertigungen, wie etwa die, dass am Anfang dieser Systeme doch eine sozialistische Revolution gestanden habe, die auf Freiheit und Emanzipation abzielte, was durch den Widerstand bürgerlich-kapitalistischer Kreise oder die Interventionen des kapitalistischen Auslandes unmöglich gemacht worden sei. Dass diejenigen, die vom Kapitalismus profitieren, nicht kampfflos das Feld räumen würden, konnte man schon bei der brutalen Niederschlagung der Pariser Kommune erkennen. Gibt man dem kapitalistischen Gegner die Schuld für den „sozialistischen“ Unterdrückungsapparat, dann weicht man der entscheidenden Frage aus: Sollte eine sozialistische Partei, der es gelang, die Macht zu gewinnen, an dieser Macht auch dann festhalten, wenn sie den Rückhalt in der Mehrheit der Bevölkerung verloren hat? Eine Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus, die auf Beschönigungen und Verharmlosungen verzichtet, ist nicht nur für die eigene Glaubwürdigkeit wichtig, sondern auch dafür, dass sich die gleichen Fehler nicht wiederholen.

Für eine an den Bedürfnissen orientierte genossenschaftliche Produktion jenseits des Marktes, erhält man bei Marx zwar keine Blaupause, aber eine Reihe von wichtigen Anregungen. Allerdings sollte man sich vor der Illusion hüten, dass mit einer sozialistischen Produktionsweise bereits alle wichtigen Probleme gelöst seien. Wenn z.B. private Vermieter nicht mehr darüber entscheiden, wer welche Wohnung bekommt, ist man zwar nicht mehr dem Rassismus und den Diskriminierungen dieser Vermieter ausgeliefert. Wenn aber Räte von Bewohner*innen oder kommunale Komitees darüber entscheiden, ist das noch längst keine Garantie dafür, dass Rassismus und Diskriminierungen keine Rolle mehr spielen.